

Armee XXI : bitte ernsthaft!

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 5

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-67947>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Armee XXI: bitte ernsthaft!

Nach zeitraubenden Vorbereitungen im zuständigen Departement, eingehender Konsultation der interessierten Gruppierungen, Meinungsbildung und Entschlussfassung im Bundesrat hat der Ständerat als Erstrat Mitte März die Armee XXI beraten und Entscheide getroffen. Die Debatte vom 12. und 13. März bewegte sich auf hoher Ebene. Sie bot, was hervorgehoben zu werden verdient, Bundesrat Schmid Gelegenheit, Eloquenz, Überzeugungskraft und profunde Sachkenntnis – gewiss nicht zum ersten Mal – zu Gunsten der von ihm verfochtenen Sache zu beweisen. In einem wesentlichen Punkt unterlag er indessen einer knappen Mehrheit. Es geht um die Dauer der Grundausbildung.

Dominique Brunner

Hatte das VBS zuallererst für eine RS-Dauer von 24 Wochen plädiert, so buchstabierte es angesichts im Vernehmlassungsverfahren laut gewordener Kritik auf 21 Wochen zurück. Auch dagegen regte sich in der Öffentlichkeit und in der Sicherheitspolitischen Kommission der Ständerat Widerstand, der nun in der Plenarberatung obsiegt hat. 18 Wochen sollen gemäss Mehrheitsauffassung ausreichen, eine längere Dauer sei mit Rücksicht auf Wirtschaft, zivile Ausbildung und Gesellschaft nicht vertretbar. Das Votum des Ständerates fällt umso mehr ins Gewicht, als dieser Rat gerade in den letzten Jahren geistige Unabhängigkeit und hohes Verantwortungsgefühl beileibe bewiesen hat. Und Verteidigungsinteressen waren in diesem Halbbrund in aller Regel gut aufgehoben.

An dieser Diskussion, in der Öffentlichkeit und dann im Ratsplenum, musste auffallen, dass eine einfache Lösung des Problems kaum angesprochen wurde: Die Korrektur des groben Unfugs, den die

Abschaffung der Samstagsarbeit in den Rekrutenschulen – und dann überhaupt, weil sich die anderen Dienstleistenden angeblich benachteiligt gefühlt hätten – Anfang der 90er-Jahre bedeutete und bedeutet. In der SIK des Ständerates, erfuhr ich von militärisch bewährten Mitgliedern, sei die Wiedereinführung der Arbeit am Samstag bis etwa zur Mittagszeit angeregt worden. Sie scheiterte – bisher jedenfalls – am Einwand, das sei mit der gesetzlich geregelten Arbeitszeit der staatlich Entlohnten unvereinbar! Man hört, das werde nun überprüft. Man beeile sich damit und zerschneide den gordischen Knoten.

Die Einwände sind bekannt und allesamt haltlos. Erstens wurde die neue Regelung der Dienstzeit – Entlassung am Samstag früh – wie andere Innovationen zum Nachteil einer glaubwürdigen und ausreichenden Ausbildung unter dem Eindruck der Ereignisse des späten November 1989 beschlossen: Umbruch im Osten, symbolisiert durch den Fall der Berliner Mauer, Bejahung der ersten Armeeabschaffungsinitiative durch über 35 Prozent der Stimmenden. Es gab keine, jedenfalls keine relevanten politischen Vorstösse in diesem Sinn. Man verlor vielmehr höchstens die Nerven und handelte opportunistisch, wie beim Zwei-Jahres-Rhythmus und weiteren Besonderheiten der Armee 95 überhaupt. Wie verantwortungslos der Verzicht auf Samstagsarbeit in Verbindung mit der Reduktion der Dauer der Grundausbildung auf 15 Wochen, also effektiv auf weniger als 15 Wochen, war, wird nun implizit mit der Forderung nach einer viel längeren Dauer der Grundausbildung deutlich gemacht. Zweitens ist es natürlich nicht so, dass früher am Samstag nichts Nützliches getan worden wäre. Das hing allein von der Führung – in den Rekrutenschulen, in den WK-Verbänden – ab. Und drittens sollte man sich so organisieren können, dass man am Samstag mit wenigen Berufskadern auskommen kann. Es wäre denn, man ginge davon aus, dass die Milizkader der permanenten Überwachung durch Berufspersonal bedürften, auch bei ungefährlichen Verrichtungen, und es könnte ja sein, dass man es in sieben Jahren Armee 95 mindestens da und dort soweit

gebracht hat! Dann müssten halt zumindest in einer Anfangsphase wieder Instruktoren her. Der Einwand der 42-Stunden-Woche ist unhaltbar, wenn die richtigen Kader Instruktoren werden – fachlich ausgezeichnet, soldatisch in der Haltung und, weil sie eine entscheidende Aufgabe erfüllen, gut bezahlt. Gerade wer sich zur Miliz bekennt, muss dem zustimmen, sonst entbehrt er jeder Kreditwürdigkeit.

Damit ist schon darauf hingewiesen, dass das Gelingen der Armee XXI – und zum Gelingen gibt es angesichts des Scherbenhaufens der Armee 95 keine Alternative – insbesondere voraussetzt, dass genügend hohen Anforderungen entsprechende Berufskader, die ich bewusst weiterhin Instruktoren nenne, verfügbar sind, also rekrutiert werden und dem Beruf treu bleiben. Bundesrat Schmid hat im Ständerat sehr zu Recht auf die Wichtigkeit der Lösung dieses Schlüsselproblems hingewiesen. Ich darf mich rühmen, dies als einer der ganz wenigen in einer jüngsten Publikation betont zu haben («Unterschätzte Bedeutung der Luftwaffe», Dominique Brunner und Dr. Charles Ott, Sicherheitspolitische Information, Januar 2002, VSWW, sowie Revue Militaire Suisse, März 2002): «Kleinliche Bezahlung qualifizierten Berufspersonals wäre mit dem oben betonten Auftrag an die politischen Verantwortlichen unvereinbar», ist dort unter anderem zu lesen.

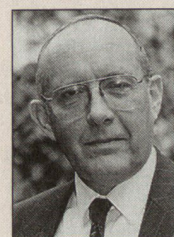
Man wird wohl zu hören bekommen, Dienst am Samstag – und sei es nur am Morgen – sei mit den Gewohnheiten der Wohlstandsgesellschaft nicht zu vereinbaren. Erstens ist das, wenn die Annahme zutrifft, keine «Wohlstandsgesellschaft», sondern die «Wehleidigkeitsgesellschaft». Und zweitens hat sich tüchtige politische, wirtschaftliche wie auch – und besonders – militärische Führung immer dadurch ausgezeichnet, dass sie das rational Gebotene unbekümmert um Widerstände und Popularität verlangte und durchsetzte. Es gibt wohl noch kein «Menschenrecht» auf Fünf-Tage-Woche im Militärdienst. Und wie General André Beaufre richtig feststellte «à humaniser la guerre, on la rend possible», sollte erkannt werden, dass eine übermässige Zivilisierung der Armee deren Fähigkeit zur Auftragsbefreiung gefährdet. ■

43 neue Generalstabsoffiziere

43 Absolventen beendeten ihre Grundausbildung an der Generalstabsschule des Armee-Ausbildungszentrums Luzern und wurden im Rahmen einer Feier im Beisein von Bundesrat Samuel Schmid promoviert.

In zwei vierwöchigen Lehrgängen erwarben sie spezielle Grundfertigkeiten für ihren zukünftigen Einsatz in Stäben der Armee: Die Lehrgangsteilnehmer wurden im Erarbeiten von Konzepten und Befehlen ebenso wie im Planen von Einsätzen geschult. Sie erhielten vertiefte Kenntnisse der Abläufe in einem militärischen Stab und wurden unter anderem in Arbeits- und Präsentationstechnik sowie in der Leitung von Arbeitsgruppen ausgebildet.

Erfreulicherweise wurden auch zwei Frauen ins Korps der Generalstabsoffiziere aufgenommen. G.



Dominique Brunner,
Publizist,
Oberst i GSt,
8700 Küsnacht.